Nummer 469

Berliner Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Inneres P. Steinhorn, Schöneberg; Äußeres Dr. R. Jügler, Berlin; Kunst, Wissenschaft u. Lokales: F. Köppen, Bln.-Friedenau.

Abendausgabe · Preis 300000 Mk. 69. Jahrgang Donnerstag, 13. September 1923

Verantwortlich: Für den Inseratenteil H. Roglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

ERICH EFELD
BERLIN
BEHRENSTR. 55/56
GRUNDSTÜCKE

Zuspitzung der südosteuropäischen Krise.

London, 13. September.

Zu dem Korfu- und dem südslawischen Problem schreibt der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph", in diplomatischen Kreisen habe gestern die Ansicht vorgeherrscht, daß die Lage in Südosteuropa von Stunde zu Stunde ernster werde. „Daily Expreß" schreibt, das italienische Ultimatum an Südslawien in der Fiumefrage lasse am nächsten Sonnabend ab. Es würden bereits aus den nördlich von Fiume liegenden Ländern Truppenzusammenziehungen gemeldet. Wenn Italien seine Forderung einer unverzüglichen Regelung des Streites nicht abändere, so scheine ein Krieg unmittelbar bevorzustehen.

Professor Gilbert Murray, der südafrikanische Delegierte beim Völkerbund, hat ein Telegramm an die Vereinigung für den Völkerbund gesandt, in dem es heißt, daß die Lage mit Bezug auf Fiume sehr gefährlich sei. Wenn der Völkerbund nicht interveniere, so würden Italien, Griechenland, Südslawien, Bulgarien und Ungarn in Mitleidenschaft gezogen. Es lägen bereits militärische Pläne einiger Balkanmächte vor.

*

Belgrad, 12. September.

Ministerpräsident Paschitsch wurde gleich nach seiner Ankunft vom König empfangen, dem er über das Ergebnis seiner Sendung nach Paris berichtete.

Einem Redakteur der „Politika" hat der Ministerpräsident mitgeteilt, daß bei seiner Zusammenkunft mit Poincaré, die über eineinhalb Stunden dauerte, auch die Fiumaner Frage ausführlich besprochen worden sei. Die Lieferung von Ausrüstungsmaterial für das Heer auf Rechnung des Anleihekredits von 300 Millionen Francs werde noch im Laufe dieses Monats beginnen. Ebenso besprach sich Paschitsch eingehend mit dem italienischen Botschafter Abezzano, der die Versicherung gab, die Fiumaner Frage werde doch noch friedlich gelöst werden.

Englische Aktionsfreiheit gegen Italien?

Paris, 13. September.

Der „Petit Parisien" schreibt zur gestrigen Sitzung der Botschafterkonferenz, die Konferenz habe das Verfahren und die Daten betreffend die von Griechenland zu leistende Genugtuung, die religiöse Feier, den Flottensalut und die Ehrung für die Opfer festgesetzt, ferner auch die Instruktionen für die Mitglieder des Untersuchungsausschusses, der wahrscheinlich heute abreisen werde. Dagegen sei die Räumung von Korfu weniger leicht zu regeln. Italien scheine grundsätzlich zuzugeben, daß die Räumung möglich sein würde, sobald die interalliierte Kommission an Ort und Stelle festgestellt habe, daß die Nachforschungen nach den Schuldigen ernstlich durchgeführt würden. Indessen werde man sich über eine Form der Verständigung einigen müssen, die hinsichtlich des Zeitpunktes jeden Zweifel zerstreute und auch für den Fall Anwendung finden könnte, daß der Kommissionsbericht für die Griechen ungünstig ausfalle. Möglich sei es, daß man, um die schließliche Zustimmung Italiens zu erhalten, für die Räumung Korfus eine längere Frist ins Auge fasse, als sie zuerst vorgeschlagen worden sei. Indessen solle sie nicht über die letzten Septembertage hinausreichen. Die endgültige Antwort Italiens werde wahrscheinlich morgen erteilt werden. Wenn sie ungünstig ausfalle, so würde die erste Folge die sein, daß England im selben Augenblick seine Handlungsfreiheit zurücknehme, wie der englische Botschafter es gestern der Botschafterkonferenz mitgeteilt habe.

Im Anschluß an die gestrige Sitzung der Botschafterkonferenz hatte Ministerpräsident Poincaré eine kurze Unterredung mit dem englischen Botschafter.

Eine Korrespondenzstelle der russischen Staatsbank in Paris?

Paris, 13. September.

Wie „Petit Parisien" mitteilt, begibt sich der Leiter der russischen Staatsbank, Scheinmann, mit Ermächtigung der französischen Regierung nach Frankreich. Er wird vielleicht schon heute in Paris eintreffen. Der Zweck seiner Reise ist persönliche Fühlungnahme mit den Leitern eines französischen Finanzinstituts, mit denen Scheinmann bereits seit einiger Zeit verhandelt. Die Besprechungen werden dem Blatte zufolge höchstwahrscheinlich die Einrichtung einer Korrespondenzstelle der russischen Staatsbank in Frankreich zur Folge haben. Eine leitende Persönlichkeit des betreffenden Pariser Instituts hat einem Vertreter des Blattes erklärt, man bemühe sich, eine durchführbare Formel zu finden, die es ermögliche, mit der Wahrnehmung der französischen und belgischen Interessen in Rußland einen Anfang zu machen. Alles was geschehen sei, sei dem Ministerpräsidenten bekannt und habe seine Zustimmung.

Kommunisten-Verhaftungen in Sofia.

Sofia, 12. September.

Bulgarische Telegraphen-Agentur.

Wegen umstürzlerischer Umtriebe der kommunistischen Partei, die eine bewaffnete Aktion gegen die Sicherheit des Staates vorbereitete, hat die Polizei heute früh eine Reihe von Führern der Partei verhaftet und die kommunistischen Klubs geschlossen.

Das erste Echo der Kanzlerrede.

Noch kein klares Urteil in Frankreich.

eca Paris, 13. September.

Die Rede des Reichskanzlers Dr. Stresemann, die hier mit größter Spannung erwartet wurde, ist erst zu fehr später Nachtstunde von den Telegraphenagenturen in Auszügen ausgegeben worden, die, soweit sich bis jetzt beurteilen läßt, unvollständig erscheinen und die notwendige Klarheit vermissen lassen. Die Morgenpresse begnügt sich denn auch vorläufig im allgemeinen mit einer oberflächlichen Beurteilung und benützt sich vorläufig nicht, in eine ausführliche Besprechung der Ausführungen des Reichskanzlers einzutreten. Es wird allgemein anerkannt, daß das Angebot, das die neuen Ausführungen des Reichskanzlers enthält, einen Schritt vorwärts bedeutet. Ein Blatt bezeichnet sie sogar als „geradezu verführerisch". Vielfach sind die Ausführungen des Kanzlers über die Frage des Ruhrgebietes wohl auf Grund der nicht immer sehr geschickten Uebersetzung des hierher übermittelten Textes ziemlich mißverstanden worden, sodaß in zahlreichen Blättern die Stresemannsche Rede so ausgelegt wird, als ob Deutschland mit seinen Zahlungen und Lesistungen erst beginnen wolle, nachdem Frankreich das Ruhrgebiet geräumt hat. Der „Matin" meint, der Kanzler böte reale Garantien an in der Form von Hypotheken auf den deutschen Besitz, die von Deutschen, aber auch von alliierten Treuhändern verwaltet werden sollen; der Ertrag solle für die Reparationen bestimmt sein. Aber, so schreibt das Blatt, andererseits scheine Stresemann der Ansicht zu sein, daß die Ausführung dieses Systems genüge, um die Räumung des Ruhrgebietes zu rechtfertigen. Die französische Regierung halte indes fest an ihrem unanfechtbaren Standpunkt. Sie könne natürlich das Kontrollsystem im Ruhrgebiet ändern. Wenn Deutschland eine Zahlungspflicht anerkenne, so werde das Ruhrgebiet nach Maßgabe der erfolgten Zahlungen geräumt werden. Der „Petit Parisien" begnügt sich damit, als Kommentar einige Worte seines Berichterstatters wiederzugeben. Er meint, es sei vorläufig sehr schwierig, die Ausführungen Stresemanns klar zu beurteilen. Immerhin könne man sagen, daß die Rede einen bemerkbaren Fortschritt gegenüber seiner Stuttgarter Rede darstelle. Der „Figaro" verfällt in den oben bereits erwähnten Aufregungsfehler, der in manchen Blättern wiederkehrt, in besonders hervorragendem Maße. Stresemann, so meint das Blatt, sei der Meinung, daß alles, was er anbiete, nur durchführbar sei, wenn man Deutschland das Ruhrgebiet und das Rheinland zurückgebe. Es ist, so schreibt der „Figaro", die ewige Formel der deutschen Vorschläge, für jede Konzession, die das Reich macht, zu versuchen, eine entsprechende andere Konzession zu erpressen. Man sehe den Unterschied zwischen der deutschen und der französischen Stellungnahme. Poincaré sage: Zahlt, und wir werden das Ruhrgebiet räumen, Stresemann aber sage: Räumt das Ruhrgebiet, damit wir euch bezahlen können. — Der „Gaulois" meint, es sei vielleicht möglich, daß die finanziellen Kombinationen, die die Grundlage der Stresemannschen Vorschläge darstellen, von Interesse seien. Aber, um sie einwandfrei feststellen zu können, seien weitere Angaben nötig. Man müsse wissen, durch welche Mittel das Deutsche Reich in der Lage sei, die Mitarbeit der Besitzer des privaten Eigentums zu garantieren. Stresemann erkläre zwar, daß ihm Kapitalisten ihre Hilfe zugesagt hätten, aber das seien bis auf weiteres nur unkontrollierbare Behauptungen. Auch über die Höhe des Prozentsatzes, den Deutschland Frankreich von den Zinsen der Hypotheken geben wolle, müsse man näheres hören. Schließlich müsse man auch über die Zusammensetzung der Treuhänderkommission unterrichtet werden, denn diese habe für Frankreich nur Interesse, sobald sie Frankreich die absolute Kontrolle der Begebung der Hypotheken und der Bezahlung der Zinsen verschafft. Das Blatt fragt schließlich: Was meint Herr Stresemann, will er uns zu der Versicherung auffordern, daß wir das Ruhrgebiet räumen würden? Wenn es sich darum handelt, unsere Truppen nach Maßgabe der Zahlungen aus dem besetzten Gebiet zurückzuziehen, dann ist alles ausgezeichnet. Poincaré hat mehrmals wiederholt, daß wir keineswegs die Absicht hätten, unsere Besetzung ins Unendliche auszudehnen. Aber, so meint der „Gaulois", diese Punkte sind bisher nicht genügend aufgeklärt, um mit Deutschland nützliche Verhandlungen beginnen zu können. Zunächst muß man also die Unklarheit aufklären und hoffen, daß das Angebot von Stresemann nur einen ersten Schritt auf dem Wege zur Lösung bedeutet, wie der deutsche Kanzler tatsächlich zu wünschen scheint, und deren Verwirklichung nur von ihm selbst abhängt. — „L'Oeuvre" sieht die bedeutsame Seite der Stresemannschen Ausführungen in der Tatsache, daß Deutschland nicht mehr bei einem leeren Proteste beharre, sondern die Besprechungen des einzigen wirklichen Problems, nämlich der Reparationsfrage, wieder aufnimmt. Stresemann habe nunmehr ein genaues Angebot gemacht und dadurch bereits in gewissem Sinne auf den passiven Widerstand verzichtet. — Das „Echo National" des Herrn Tardieu gibt ebenfalls zu, daß jede neue Rede des Reichskanzlers etwas größere Klarheit über seine Ansichten erkennen lasse und daß die gestrige Rede im einzelnen sogar interessante Angaben enthalte. In dem von den deutschen Kanzler vorgeschlagenen Pfand und dem Zahlungssystem hat das Blatt auszusetzen, daß der Mechanismus, den er empfiehlt, um den Alliierten die Kontrolle zu sichern, nicht zu denjenigen gehört, die durch ihre Einfachheit Vertrauen erwecken. Wir haben in Deutschland bereits Kommissionen derselben Art gehabt, sowohl für die Abrüstung als auch für die Bestimmung der Dauer des Moratoriums, das Deutschland verlangt. Die Ergebnisse waren nicht glänzend. Wir werden niemals und nirgendwo so gut wie im Ruhrgebiet die Entwicklung der deutschen Industrie überwachen können. Allerdings, so schließt das Blatt mit einer Spitze gegen Poincaré, darf unsere technische Tadellosigkeit nicht die deutsche Industrie dieser Gegend begünstigen.

Der Plan einer Dollaranleihe für Deutschland.

TU London, 13. September.

Die „New York Times" glaubt (wie schon im gestrigen Abendblatt gemeldet d. R.) zu wissen, daß das Projekt einer Dollaranleihe für Deutschland in seinen Grundzügen bereits festgelegt ist. Die Anleihe würde durch Vermittelung des Völkerbundes begeben. Der Anteil Amerikas an der Anleihe würde 250 Millionen Dollar, d. h. den vierten Teil ausmachen. Hierzu wird mitgeteilt, daß die größten Firmen und Bankinstitute in Amerika sich mit der Emission in Amerika befassen. In diesem Zusammenhang mißt man dem Besuch Cunos, der auf dem Wege nach den Vereinigten Staaten begriffen ist, besondere Bedeutung bei. — Die „New York Times" glaubt ferner zu wissen, daß, sobald die 250 Millionen Dollar aufgebracht sein werden, mit diesem Betrage große Anküufe von Rohmaterialien und Fabrikaten getätigt werden. Demselben Blatte zufolge wird der englische Anteil an der Anleihe zum wenigsten 250 Millionen Dollar ausmachen, doch müsse Deutschland sich im Austausch sehr schwere Bedingungen gefallen lassen (!). Jedenfalls stehe bereits fest, daß die Frage einer internationalen Anleihe von Politikern und sogar von solchen in verantwortlichen Stellen Amerikas rege diskutiert wird.

Wie der Korrespondent der „United Preß" in Washington behauptet, sind die offiziellen Kreise, auch die amerikanischen Banken, bereit, für die deutsche Anleihe bis zu 500 Millionen Dollar zu zeichnen, wenn die Anleihe selbst sich bis auf eine Milliarde Dollar belaufen wird, ferner wenigstens sich mit 30 bis 40 Prozent an dieser zu beteiligen, falls sie 1½ oder sogar 2 Milliarden Dollar erreichen sollte. Die in Betracht kommenden Kreise der Vereinigten Staaten haben indessen zum Ausdruck gebracht, daß die Anleihe an eine vorausgehende Verständigung zwischen den interessierten europäischen Staaten geknüpft sei und daß Präsident Harding die Teilnahme an einer allgemeinen Konferenz über die Reparationen und die interalliierten Schulden vermeidere, wenn Europa hinter einer diesbezüglichen Anleihe die Absicht verberge, von den Vereinigten Staaten einen Zahlungsaufschub für seine Schulden zu verlangen.

Die Begegnung Baldwins mit Poincaré.

Paris, 13. September.

„Petit Parisien" erklärt die gestrige Nachricht des „Intransigeant" über eine Unterredung, die am 21. September zwischen Baldwin und Poincaré bei der Durchreise Baldwins durch Paris stattfinden soll, in dieser Form für nicht ganz richtig. Man erklärt an zuständiger Stelle, daß der Zeitpunkt der Unterredung noch nicht festgesetzt sei. Da der englische Premierminister genötigt sei, über Paris zurückzureisen, werde sein Besuch bei Poincaré nur ein einfacher Höflichkeitsbesuch sein.

London, 13. September.

Reuter meldet aus Paris, daß auf der englischen Botschaft in Paris keine Information über eine beabsichtigte Zusammenkunft zwischen Baldwin und Poincaré vorliege.

Militärrevolte in Spanien?

Paris, 13. September.

Die Agence Havas veröffentlicht folgende Nachricht aus Barcelona: Der Gouverneur Primo de Rivera hat eine Proklamation erlassen, in der er die Regierung anklagt, sie führe das Land dem Untergange entgegen, und mitteilt, daß die Militärpartei beschlossen habe, die Regierung zu übernehmen und den Belagerungszustand zu verhängen. Um 4 Uhr morgens ist die Telephonzentrale besetzt worden. Die Stadt ist ruhig. Man erwartet die Ausführung der angekündigten Maßnahmen in kürzester Frist. Nach aus Madrid eingetroffenen Nachrichten ist die Regierung in der vergangenen Nacht in aller Eile zu einer Beratung zusammengetreten.

Kleine Nachrichten.

Der erste französische Völkerbundsdelegierte Leon Bourgeois ist gestern in Genf eingetroffen.

*

Das spanische Königspaar wird vom 4. bis 5. Oktober als Gast des italienischen Königspaares in Rom eintreffen. Das Programm für den Besuch sieht gleichfalls Besprechungen des Königs im Vatikan vor.

*

Wie die Polnische Telegraphen-Agentur mitteilt, entbehrt das in der Presse des Auslandes verbreitete Gerücht über ein gegen den Ministerpräsidenten Witos verübtes Attentat jeder Begründung.

*

Nach Telegrammen, die das japanische Konsulat in Marseille erhalten hat, ist die Zahl der beim Erdbeben Verletzten, die in öffentlichen Anstalten in Behandlung sind, 500 000.

Stresemanns zweiter Zug.

Von

Paul Steinborn.

Dr. Stresemann dirigiert ohne voreiligen Optimismus, aber mit klarem Blick für den jeweiligen Stand der zwischen ihm und Poincaré im Gange befindlichen Partie das Reparations- und Ruhrproblem folgerichtig dem entscheidenden Punkte zu. Auch die gestrige Rede vor der Berliner Presse bedeutete einen genau berechneten Schritt auf diesem Wege, auf dem das Ziel immer noch erst aus ziemlicher Entfernung winkt und bei genauerem Hinsehen dem Auge sogar zuweilen ganz zu entschwinden droht. Die Bedeutung der gestrigen Rede kann man ganz kurz dahin zusammenfassen, daß sie Poincaré noch zwingender als bisher vor die Alternative stellt, entweder Vernunft zu zeigen oder die Absicht der Vernichtung Deutschlands vor aller Welt einzugestehen. Man hat leider bei uns, weil man in gefährlicher Verkennung unserer Lage auch jetzt noch glaubt, sich parteipolitischen Stimmenfang gestatten zu können, mit dem Worte Kapitulation ein bedenkliches Spiel getrieben. Und wiederum hat man den Stresemannschen Gedanken einer Verständigung mit Frankreich, auch um den Preis hoher materieller Opfer, in Entstellung seines im höchsten Sinne nationalständischen Gehalts dahin interpretiert, daß die Auseinandersetzung mit Frankreich um jeden Preis herbeigeführt werden müsse. Beide Einstellungen gehen jedoch am Kern der Dinge vorbei.

Dr. Stresemann hat gestern ohne Zwischenspiel den ihm von Poincaré zugeworfenen Ball mit sicherer Hand zurückgegeben, indem er dem französischen Ministerpräsidenten erstens bewies, daß das Garantieangebot Cunos tatsächlich die „allgemeine Hypothek" des Versailler Vertrages, und zwar ganz wesentlich, erweitert, und zweitens legte er klar, daß dieses Angebot sich sofort in greifbarster Form finanziell mobilisieren läßt. Wenn Paris heute die deutsche Offerte annimmt, so kann es morgen Geld haben, und bekanntlich war das doch bisher eine seiner Hauptforderungen. Wir werden nun sehen, wie Poincaré sich verhalten wird. Die bisher vorliegenden Stimmen der französischen Presse lassen noch keine Schlüsse zu. Man könnte meinen, daß die neuerdings etwas gemäßigte Tonart nicht aufgegeben wird, doch ist ja durchaus nicht gesagt, daß es so bleibt. Jedenfalls muß man den eben erwähnten beiden Richtungen bei uns entgegenhalten, was sich bei genauerer Betrachtung als Kernpunkt der Sache ergibt: es handelt sich jetzt darum, ob Poincaré auf dieses nunmehr exakt formulierte Angebot eingeht oder nicht. Geht er darauf ein — oder sagen wir besser: — läßt er es nicht wie im Januar ab, dann könnte daraus die noch viel bedeutsamere Hoffnung entnommen werden, daß er auch in der Prestigefrage der Räumung einem beiden Seiten gerecht werdenden Kompromiß zugänglich sein würde. Ergibt sich jedoch, daß das nicht der Fall ist, so erledigt sich die Agitation gegen die „Kapitulation" als eine innenpolitisch sehr bedauerliche Leichtherzigkeit, und dann würde selbst das weiteste deutsche Entgegenkommen in der Garantiefrage zwecklos sein, denn dann würde erwiesen sein, daß Poincaré selbst mit einer Kapitulation nicht Genüge geschähe, sondern daß er auf den innenpolitischen Zerfall des Reiches rechnet und die Erreichung seiner wirtschaftlichen Ziele als gegeben annimmt, sobald General Foch sich am linken Rheinufer hat festsetzen können. Sollte dem aber so sein, dann wäre anzunehmen, daß der gegenwärtige Leiter der französischen Politik die Vorsicht übt, im Angesicht der aufmerksam beobachtenden Umwelt auch jetzt noch seine innersten Gefühle zu verschleiern, und das sollte bei uns innenpolitisch eine Mahnung für alle diejenigen sein, die da meinen, man dürfe diesem Gegner sogar in diesen entscheidungsvollen Tagen das Bild einer inneren Uneinigkeit bieten.

Aber vorläufig ist noch nicht restlos festgestellt, daß die Diskussion unbedingt so laufen muß. Es ist bis zum Beweise des Gegenteils nicht denkbar, daß Frankreich den so unwiderleglich an den Tag gelegten Willen Deutschlands zur Reparation zu leugnen wagt, und aus diesem Gesichtspunkt heraus sind deshalb auch die Ausführungen des Kanzlers zu den schwebenden inneren Fragen zu bewerten. Sie stellten ebenfalls die Forderung des inneren Friedens in den Vordergrund. Der Ehrenzeuge der Rede war, hatte erfreulicherweise das Geschick, daß das Kabinett weiß, was es will, und nicht gesonnen ist, sich von seinem Wege ablenken zu lassen. Das gilt z. B. hinsichtlich der Steuerfrage, die unter grundsätzlicher und fester Durchführung der Gesetze im ganzen selbstverständlich nicht schematisch und blind jede gerechtfertigte Milde im einzelnen ausschließt, und das gilt ferner bezüglich der Sanierung der Währung, die ebenfalls nicht als „Ding an sich" gemacht werden kann. Die Entscheidung liegt, wie gesagt, noch wie vor in Paris, und wir wollen hoffen, daß man sich dort darüber genügend klar ist.

Polens Niederlage in der Minderheitsfrage.

Warschau, 12. September.

Die Entscheidung des Haager Schiedsgerichts in der Frage der deutschen Ansiedler veranlaßt die Rechtspresse zu Angriffen gegen Askonacy, der die Angelegenheit ungeschickt im Völkerbund vertreten habe. „Rzeczpospolita" schreibt, die Aufgabe der jetzigen Regierung sei eine bessere Verteidigung des polnischen Standpunktes in der Minderheitenfrage, was auf die Entscheidung dieser strittigen, im Völkerbund noch endgültig zu erledigenden Frage einwirken werde.

„Kurjer Poranny" erklärt, die Verantwortung für die Haager Entscheidung falle auf diejenigen, die den Minderheitenvertrag für Polen angenommen und nachher nicht vor einer Vernachlässigung der übernommenen Verpflichtungen gewarnt hätten.